

A2: DIE LINKE: soziale, gerechte und konsequente Stadtpolitik

Einreichende: Kreisvorstand

Frankfurt steht vor einem Jahrzehnt der Herausforderungen. Wir sind konfrontiert mit den sozialen und ökonomischen Folgekosten der Pandemie, einem Vertrauensverlust in die Veränderungskraft von Politik, der auseinanderklaffenden Schere zwischen Arm und Reich und der Notwendigkeit, den Klimawandel zu bekämpfen und die Stadt auf die Folgen des Klimawandels. Seit der Wahl unseres Genossen René Wilke zum Oberbürgermeister von Frankfurt hat sich einiges zum Besseren entwickelt. Die Ansiedlung von Tesla, die Bewerbung um das Zukunftszentrum für Europäische Transformation und Deutsche Einheit, unsere Strahlkraft als europäische Doppelstadt, unsere Stadt als Wissenschafts- und Forschungszentrum der Viadrina und des IHP sowie unser kulturelles Erbe als Kleist- und Sportstadt bieten das Potential, um Frankfurt in Zukunft zu einer wachsenden und lebenswerten Stadt zu machen, in der sich alle Menschen wohl und sicher fühlen.

Dennoch bleibt soziale Ungerechtigkeit in Frankfurt tief verankert. Nach wie vor müssen Kinder unter der Armutsgrenze leben. Der Niedriglohnssektor ist in Frankfurt ebenfalls im landesweiten Vergleich immer noch am größten. Viele Frankfurter:innen leben an oder allenfalls knapp über der Armutsgrenze. Das darf kein Dauerzustand bleiben!

Wir sehen es als unsere Aufgabe an, in Stadtgesellschaft und Stadtverordnetenversammlung gemeinsam mit Betroffenen, Verbänden und Initiativen, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen für eine sozial gerechte, klimaschützende und friedliche Politik zu streiten. Wir kämpfen für eine fortschrittliche Stadtpolitik, die ihre Handlungsspielräume dafür nutzt, die soziale Spaltung nachhaltig zu verringern und Beschäftigte, Erwerbslose, benachteiligten und diskriminierten Personen hilft, unterstützt und es ihnen ermöglicht, sich für ihre Interessen einzusetzen. Wir wollen auf dem Pfad zur kommunalen Selbstverwaltung voranschreiten und finanzielle Spielräume erweitern und nutzen, um damit unser Gemeinwohl zu stärken.

Basierend auf unserem Parteiprogramm, dem Kommunalwahlprogramm 2019 und dem Wahlprogramm „Frankfurt geht besser“ 2018 werden wir deshalb in den nächsten Jahren folgende Punkte in die Mitte unseres politischen Handelns in der Stadtgesellschaft und Stadtverordnetenversammlung rücken:

Gute Arbeit und gute Löhne

Der größte Niedriglohnssektor des Landes befindet sich in Frankfurt (Oder). Zugleich sind immer mehr Branchen vom Fachkräftemangel betroffen. Dieser ist durch jahrelange Tariffucht und Niedriglöhne auch selbst verschuldet. Investitionen haben dann eine langfristig positive Wirkung auf die Stadt, wenn gute Löhne bei fairen Arbeitsbedingungen und in einem gewerkschaftsfreundlichen Klima gezahlt werden. Ziel städtischer Politik muss sein, die Löhne in Frankfurt zu steigern und nach Tarif zu zahlen. Das beginnt bereits mit der Ausbildungsplatzvergütung und einem attraktiven Angebot an Studierendenjobs. Investitionen und Wirtschaftsprjekte messen wir an der Qualität der Arbeitsplätze. Wir wollen dahingehend politischen Druck aufbauen und stehen an der Seite von Beschäftigten, Betriebsräten und Gewerkschaften. Gute Arbeit und gute Löhne erhöhen den finanziellen Spielraum sowohl für die Frankfurter:innen als auch für den kommunalen Haushalt.

Soziale Teilhabe ermöglichen

In der Stadt können weder eine sanktionsfreie Mindestsicherung noch die Kindergrundsicherung oder eine gerechte und armutsfeste Rente umgesetzt werden. Dennoch gibt es Spielräume, die wir nutzen können, damit Menschen mit kleinem Geldbeutel gleichberechtigt an der Gesellschaft teilhaben können und wir die Armut und das Armutsrisiko zurückdrängen. Bei den Kitagebühren konnten wir mit einer progressiven Staffelung die kleineren Einkommen entlasten. Zukünftig wollen wir weitere Gebührensatzungen und ähnliche Aufwendungen an die Stadt auf ihre Sozialverträglichkeit überprüfen.

47 Unser Ziel ist es, kleine Einkommen weiter zu entlasten. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass bei
48 Veranstaltungen künftig deutlicher auf Erstattungs- und Fördermöglichkeiten hingewiesen wird sowie
49 seitens der Verwaltung und Arbeitsagentur die Zusammenarbeit dies betreffend ausgebaut und der
50 Bürokratismus auf ein absolutes Minimum verringert wird.

51

52 **Gerechter Klimaschutz**

53 Klimaschutz darf keine Frage des Geldbeutels sein. Deswegen positionieren wir uns entscheiden gegen
54 die CO₂-Bepreisung und steigende Ticketpreise im öffentlichen Nah- und Fernverkehr. Stattdessen
55 wollen wir den ÖPNV sowie klimafreundliche Fortbewegungsmöglichkeiten ausbauen. Wir setzen uns ein
56 für brucharme und sichere Fahrradrouten durch die gesamte Doppelstadt, ein Leihfahrradsystem und
57 mehr Fahrradstellplätze. Der Ausbau des Straßenbahnnetzes unter Voraussetzung von Fördermitteln ist
58 zu prüfen. Das Netz muss endlich in Gesamtheit barrierearm umgebaut werden. Durch die Stärkung des
59 Rad- und Fußverkehrs sowie des ÖPNV wollen wir den Autoverkehr in der Innenstadt schrittweise und
60 messbar verringern. Wir wollen den Ausbau von grünen Dächern und Solaranlagen forcieren und
61 Mieter:innen bei den Nebenkosten entlasten, indem wir die Energieeinsparung durch Solardächer auf
62 Gebäuden im Bestand der Wohnungswirtschaft an die Bewohner:innen weiterleiten. Wir wollen möglichst
63 viele Frankfurter:innen an der Energiewende beteiligen, etwa durch Energiegenossenschaften oder
64 Crowdfunding unter Einbeziehung der Stadtwerke.

65 **Wohnen muss bezahlbar bleiben**

66 Frankfurt wird durch Ansiedlungen wie Tesla, den BER und die Nähe zu Polen und Berlin immer
67 attraktiver. Durch jahrelangen Abriss sind die Leerstandsquoten massiv gesunken. Wir wollen das
68 Mietniveau in Frankfurt stabilisieren und ein vielfältiges und attraktives Wohnungsangebot für alle
69 Einkommensschichten sicherstellen. Angesichts einer Vielzahl an gebrochenen Erwerbsbiografien und
70 der ansteigenden Altersarmut sehen wir die größte Herausforderung in der energetischen und möglichst
71 warmmietneutralen Sanierung der Plattenbauten, um einen preisgünstigen und barrierearmen
72 Wohnungsbestand für die Zukunft zu sichern. Wir wollen Orte der Begegnung, wie Bibliotheken,
73 Nachbarschaftskinos, Fitnessräume, Co-Working-Spaces, die aus nachbarschaftlichem Engagement
74 erwachsen, unterstützen. Über eine städtische Gesellschaft wollen wir ungenutztes kommunales
75 Eigentum sowie Bauland- und Bauerwartungsland entwickelt und den Wertzuwachs der Allgemeinheit
76 zukommen lassen. Bei Bauprojekten privater Investor:innen setzen wir uns dafür ein, dass ein finanzieller
77 Ausgleich für die sozialen und ökologischen Folgekosten der Bauprojekte an die Stadt gezahlt werden.

78 **Demokratische Kontrolle und Handlungsräume der Stadt erweitern**

79 Der jahrelange Verfall des Lichtspieltheaters der Jugend, die Arbeitsbedingungen im Klinikum und in der
80 ambulanten Pflege zeigen, wo der Markt auf Kosten des Gemeinwohls versagt und wo wir deshalb die
81 Eigentumsfrage stellen müssen. Wir wollen essentielle Bereiche des Lebens, der Daseinsvorsorge und
82 der Stadtentwicklung der Marktlogik entziehen und unter öffentliche oder gemeinwohlorientierte
83 Kontrolle bringen. Deswegen setzen wir uns weiter für die Rekommunalisierung des Klinikums in einem
84 gemeinsamen Krankenhausverbund mit Eisenhüttenstadt und Beeskow ein. Städtische Unternehmen
85 und gemeinwohlorientierte Genoss:innenschaften und Vereine wollen wir stärken. Privatisierungen
86 wollen wir verhindern. Wenn sich zukünftig Situationen ergeben, die eine Neugründung von städtischen
87 Gesellschaften oder Übernahme zusätzlicher Aufgaben möglich machen, wollen wir uns dafür einsetzen
88 Um die Stadt handlungsfähiger zu machen, müssen Bund und Land die Kommunen endlich konsequent
89 entschulden, sie für übernommene Aufgaben besser und bei Rekommunalisierungen finanziell
90 unterstützen.